

LEITARTIKEL

Norwegens Würde

Norwegen trauert. In der Trauer um die Opfer des Doppelanschlags liegt eine tief berührende Anteilnahme am Leid der Familien und Angehörigen, die auf lautstarke Empörung verzichtet. Die Würde, mit der die Menschen in einem Moment reagieren, in dem sie Hilflosigkeit, Ohnmacht, Abscheu und Wut empfinden, ist be-

angerichtet, aber eine Veränderung der Gesellschaft in eine intolerante, fremdenfeindliche und von Misstrauen geprägte Gesellschaft wird ihm nicht gelingen.

Der Staat hat für die Sicherheit seiner Bürger zu sorgen – das ist so unstrittig wie die Tatsache des staatlichen Gewaltmonopols. Wie der Schutz der Bürger am besten zu gewährleisten ist, muss diskutiert werden. Allerdings sollte trotz der Betroffenheit die Sachlichkeit gewahrt bleiben und auf Schuldzuweisungen verzichtet werden. Über Vorratsdatenspeicherung und Dateien für Menschen, die mit martialischen und hasserfüllten Äußerungen auffallen, über Internetkontrollen usw. muss gesprochen werden. Sicherheit und Freiheit sind zwei Seiten einer Medaille, die man nicht einseitig betrachten kann.

Schuldzuweisungen allerdings müssen unterbleiben. Wer die Katastrophe von Norwegen nutzen will, um dem politischen Gegner entweder Laxheit oder dumpfe Law-and-Order-Parolen vorzuwerfen, disqualifiziert sich als verantwortungsloser Trittbrettfahrer.

eindruckend. Die Trauer über die Toten wird durch die Besonnenheit der Bürger zu einem Ausdruck der Stärke einer demokratischen Gesellschaft, die auf den Hass des Täters antwortet: mit einem Bekenntnis zur offenen Gesellschaft.

Offene Gesellschaften bieten, da sie die Freiheit des Individuums schützen, auch Raum für Personen wie den Mann, der für den Doppelanschlag verantwortlich ist: Der 32 Jahre alte Anders Behring Breivik wollte nach eigenem Bekunden Schaden anrichten und die Gesellschaft verändern. Er hat unfassbaren Schaden

Die Menschen in Norwegen geben ein Beispiel, das Mut macht, weil es hoffen lässt, dass Gewalttäter, egal womit sie ihre Tat zu legitimieren versuchen, einen Staat und seine Bürger nicht in die Knie zwingen können.

KOMMENTAR

Hinhören und helfen

Ein einzelner Schrei verhallt schnell im Nichts. Erst wenn viele hartnäckig auf ein Problem hinweisen, hören die Medien und die Menschen zu. Wen haben schon vor einem Jahr die Warnungen vor einer drohenden humanitären

Mehr als eine halbe Million Kinder sind vom Tod bedroht.

Die Bewohner Somalias hat es besonders hart getroffen. Ihr Land ist vom Bürgerkrieg gebeutelt, es hat keine funktionierende Regierung, der Süden wird von unterschiedlichen radikalislamistischen Gruppen kontrolliert. Normale staatliche Beziehungen sind da kaum möglich – und somit auch keine Entwicklungszusammenarbeit.

Und so wird sich die Hilfe darauf beschränken, die schlimmsten Wunden zu versorgen, mit Spenden und Finanzhilfen ein weiteres Massensterben zu verhindern. Doch solange das Land keine Regierung hat, die sich auf eine breite Mehrheit stützt und die Interessen der Bevölkerung verfolgt, werden diese Probleme wiederkehren. Für uns gilt: Weiter hinhören – und helfen. Auch wenn die Stimmen leiser werden.

Katharina Vössing zur Hungerkatastrophe am Horn von Afrika



Katastrophe am Horn von Afrika interessiert? Irgendwann könnte es zu einer Hungersnot kommen, in ferner Zukunft, vielleicht passiert ja gar nichts.

Nun ist es passiert. Zehntausende sind bereits gestorben, weil sie nicht genügend Nahrung hatten.

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: redaktion.politik@bvz.de

ZITAT DES TAGES



„Der Hunger ist kein Skandal von gestern, sondern ein Skandal von heute. Und wenn wir nichts unternehmen, wird er auch ein Skandal von morgen sein.“

Frankreichs Landwirtschaftsminister Bruno Le Maire

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:

Harald Wahls

Chefredakteur:

Armin Maus

Stellvertretender Chefredakteur:

Thomas Roth

Chef vom Dienst/Leser-Redaktion: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Harald Likus

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Jörg Fiene Sport: Hans-Dieter Schlawis

Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Raphael Feldmann Vertriebsleitung: Anne Schattner

Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 39 00-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Ämliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:

<http://www.newsclck.de>



„Sobald wir eine Hand frei haben.“

Karikatur: Jürgen Tomicek

PRO & CONTRA

Sollte der Frauen- und Mädchenfußball von der Regierung stärker gefördert werden?

Der Frauenfußball, darin sind sich die Parteien einig, ist „angekommen“. Debattiert wird aber zum Beispiel über bessere Trainingsmöglichkeiten.

Ja!

„Die WM darf nicht als Strohfeuer verlodern.“



Monika Lazar, Bündnis 90/Die Grünen, frauenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion

Bei der Frauenfußball-WM kämpften 16 Teams um den Titel. Die Kulisse war beeindruckend: ausverkaufte Stadien, begeisterte Zuschauerinnen.

Noch zu Beginn dieser WM konnte sich kaum jemand vorstellen, dass ein Frauensportereignis so viel Aufmerksamkeit findet. Die Zeiten, in denen Frauen die Fußballfähigkeit abgesprochen und sie mit Verboten belegt wurden, sind noch nicht lange vorbei. Heute zählt der DFB über eine Million weibliche Mitglieder. Jedes Wochenende liefern sich Frauen und Mädchen überall in der Republik spannende Matches. Steffi Jones, Birgit Prinz, Fatmir Bajramaj u.a. sind Vorbilder. Und mit ihren zwei Weltmeister- und sieben

Europameistertiteln machen die DFB-Frauen der Männernationalmannschaft Konkurrenz.

Entscheidend ist, wie es nach der WM weitergeht. Müssen Mädchen weiterhin den Verein verlassen, weil keine Mädchenmannschaften aufgebaut werden? Wird es endlich genug Trainingsmöglichkeiten geben? Werden sich die Sponsoren für diesen Sport interessieren?

Wir wünschen uns eine stärkere Präsenz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Ein differenziertes Fußballangebot für Mädchen und Frauen ist auch im Breitensport wichtig, ebenso wie den Zugang zu Spiel- und Trainingsmöglichkeiten zu gewährleisten und Fußball auch als Schulsport für Mädchen zu etablieren.

Wir wollen, dass der Integration von Migrantinnen durch die Sportpolitik ein höherer Stellenwert beigemessen wird, inklusive zusätzlicher Ressourcen. Migrantinnen sollen auch als Multiplikatorinnen für Integration im Verein eingesetzt werden. Hierzu sollte der Bund Vereinen finanzielle Anreize geben. Die WM darf nicht als Strohfeuer verlodern. Daher werden wir uns auch nach der WM weiter engagieren.

Nein!

„Überhöhte Erwartungen dienen der Sache nicht.“



Klaus Riegert, CDU, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sport und Ehrenamt der Unionsfraktion

Die Fußball-Weltmeisterschaft der Frauen hat nicht nur in Deutschland neue Maßstäbe gesetzt, sondern auch international mit der Übertragung auf allen fünf Kontinenten in über 60 Ländern.

In den Stadien und rund um die Austragungsorte hat sich gezeigt, dass das Interesse am Frauen- und Mädchenfußball sich an keinen Klischees oder Schubladen orientiert.

Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen werden den Frauenfußball weiter kraftvoll unterstützen und fördern!

An den Frauenfußball wurden insbesondere zur Weltmeisterschaft zahlreiche, zum Teil überhöhte Erwartungen gestellt, ob sportlicher, gesellschaftspolitischer oder morali-

scher Natur. Dabei wurde der Sport manchmal ausschließlich in Verbindung zu bereits überwundenen Rollenmustern gestellt.

Der Sport kann und sollte gesellschaftspolitische Entwicklungen unterstützen, darf aber nicht mit sozialpolitischen Erwartungen überfrachtet oder als ein Allheilmittel betrachtet werden.

Auch Vergleiche mit anderen Sportarten oder vermeintlichen Männerdomänen des Sports helfen nicht weiter, sondern bestätigen eher bereits überwundene, veraltete Klischees und konstruieren Unterschiede, die zwischen Sportlerinnen und Sportler im Alltag längst nicht mehr bestehen.

Bei der Förderung des Sports in Deutschland durch die Bundesregierung gibt es folgende Kompetenzverteilung: Der Bund ist zuständig für den Spitzensport, während die Zuständigkeit für den Breitensport bei den Bundesländern liegt.

Der Frauen- und Mädchenfußball sollte von der Bundesregierung nicht stärker unterstützt werden, die Förderung sollte aber weiterhin auf hohem Niveau fortgeführt werden und sich auch weiterhin auf andere Sportarten beziehen.

PRESSESTIMMEN

Maßloser Vorstoß

Die „Landeszeitung“ in Lüneburg schreibt zu den Anschlügen in Norwegen:

„Die Opfer sind noch nicht einmal bestattet, da versuchen selbsternannte Welterklärer, ihr parteipolitisches Süppchen auf der Tragödie zu kochen. Der niedersächsische Landeschef der Linken, Manfred Sohn, verstieg sich zu der These, dass Politiker wie Niedersachsens Innenminister Schönemann den ideologischen Untergrund bereitet hätten, aus dem der Massenmörder entstieg. Aber nicht jedem Politiker, der reflexartig Propaganda verbreitet, ist

ein Maß an Empathie sowie an geistiger Trennschärfe zu eigen. Außerdem kompensiert gerade derjenige gerne mit Lautstärke, der eigene Schwächen verdecken will.“

Mit kühlem Kopf

Der „Express“ in Köln meint zu den Anschlügen:

„Es ist klar, dass es vor irren Einzeltätern wie ihm keinen Schutz geben kann. Wer solch ein beispielloses Verbrechen jahrelang im Verborgenen plant und eiskalt umsetzt, der ist kaum zu stoppen. Da hilft es auch nichts, nach schärferen Sicherheitsgesetzen zu rufen. Instrumente

wie die Vorratsdatenspeicherung sollten mit kühlem Kopf diskutiert werden.“

Groteske Karikatur

Die niederländische Zeitung „Trouw“ meint zum Tod von Amy Winehouse: „Das Leben von Amy Winehouse war zu einer grotesken Karikatur der von Prominenten faszinierten Mediengesellschaft geworden. Ihr Ringen mit der Liebe und mit ihrer Sucht wurden genauestens dokumentiert und zugleich überzogen dargestellt durch Paparazzi, die rund um die Uhr vor ihrer Haustür Wache hielten.“